

**Ausschuss für Inneres und Sport**  
(72. Sitzung am 19. November 2015)

**Beratungsthemen:**

**Erster öffentlicher Sitzungsteil**

**Außerhalb der Tagesordnung**

*Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn schriftlich über ein mögliches Angebot von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen in Marienthal (Landkreis Helmstedt) und mündlich über einen SEK-Einsatz in Hameln am Vortag zu unterrichten.*

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Polizeieinsatz im Rahmen des Länderspiels Deutschland - Niederlande am 17. November 2015 sowie über die allgemeine Sicherheitslage in Niedersachsen nach den Terroranschlägen in Paris**

*Der Ausschuss setzte diesen Punkt unter Hinweis auf die Unterrichtung durch die Landesregierung in der vertraulichen 71. Sitzung am Vortag über die Umstände, die zu der Absage des Fußballländerspiels Deutschland - Niederlande am 17. November 2015 geführt haben, von der Tagesordnung ab.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

*Der - federführende - Ausschuss schloss den ersten Beratungsdurchgang ab. Er stellte fest, dass die in Aussicht genommenen Änderungen - insbesondere auf Grund des Änderungsvorschlags der Regierungsfractionen (Vorlage 16) zu § 39 NPersVG - haushaltsmäßige Auswirkungen haben. Daher gilt der Gesetzentwurf gemäß § 27 Abs. 4 GO LT zugleich an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen.*

*Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Stimmenenthaltung der Fraktion der CDU, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 14 des GBD mit einigen ergänzenden Änderungen anzunehmen, vorbehaltlich eines seitens des GBD noch vorzulegenden Formulierungsvorschlags zu § 109 NPersVG. Der Beschluss erging vorbehaltlich der Zustimmung der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen.*

*Der zweite Beratungsdurchgang soll in der Sitzung am 3. Dezember 2015 stattfinden.*

3. **Einbruchkriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/1971](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:*

- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
- VGH Versicherungen
- Bund Deutscher Kriminalbeamter - Landesgeschäftsstelle Niedersachsen
- Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Niedersachsen

4. a) **Fehlende Lehrgänge für Niedersachsens Feuerwehren - Das Land muss mehr tun!**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3538](#)
- b) **Gute Ausbildung für Niedersachsens Feuerwehren**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4523](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags unter a) fort und nahm die Beratung des Antrags unter b) auf. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zur baulichen Entwicklung auf dem Ausbildungsgelände in Celle-Scheuen und bereitete eine Anhörung vor.*

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung und Entbürokratisierung der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4138](#)

*Der Ausschuss behandelte den Gesetzentwurf und gab gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT in Form eines Vorabauszugs aus der Niederschrift ab.*

#### **Nicht öffentlicher Sitzungsteil**

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Erkenntnisse zu den Geschehnissen am 12. September 2015 im Zusammenhang mit der Eskalation einer Demonstration gegen die PKK in Hannover und möglichen weiteren Ausschreitungen**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

#### **Zweiter öffentlicher Sitzungsteil**

7. **Bericht der Landeswahlleiterin nach § 10 Abs. 2 NLWG**  
Unterrichtung - [Drs. 17/1686](#)

*Der Ausschuss nahm die Mitberatung auf und bat die Landeswahlleiterin um die Vorlage eines Entwurfs für eine Neugliederung der Wahlkreise im Bereich des Landkreises Cuxhaven, um die Effekte zu berücksichtigen, die sich aus einer kommunalen Neugliederung ergeben.*

8. **Einsetzung einer Enquetekommission „Zukunftsfähige kommunale Strukturen für Südostniedersachsen“**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2496](#)

*Der Ausschuss schloss die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT ab, übermittelte dem - federführenden - Ältestenrat seine Stellungnahme in Form eines Vorabauszugs aus der Niederschrift und votierte gegenüber ihm mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion dafür, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.*